

## OeNB - Neue Repräsentativerhebung zur Währungsunion (WWU)

Einstellung der Österreicher zur WWU und EU weitgehend stabil  
Bereits 70 Prozent rechnen mit dem Euro  
Jeder zweite hält den Euro für eine starke, stabile Währung  
Vertrauenswerte für die Oesterreichische Nationalbank weiter  
gestiegen==

Wien (OTS) - Wie aus einer soeben veröffentlichten repräsentativen Studie des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank für das erste Quartal 1997 hervorgeht, ist die Zustimmung der Bevölkerung zur geplanten Währungsunion mit 35 Prozent (Vergleichszeitraum 1996: 32 Prozent) einigermaßen stabil. Die Zahl der Gegner verringerte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996 von 61 auf nunmehr 49 Prozent; knapp 15 Prozent haben sich noch kein Urteil gebildet (1996 waren es nur 6 Prozent).

Ein wirklich gutes Gefühl in bezug auf die geplante Euro-Einführung haben aus heutiger Sicht nur 17 Prozent der Bevölkerung; 55 Prozent bekunden ägemischte Gefühle"; 27 Prozent ein ausdrücklich schlechtes Gefühl. Etwa jeder zweite meint, daß man bei Realisierung der einheitlichen Währung Angst um sein Erspartes haben muß; 30 Prozent befürchten stark eine Geldentwertung; weitere 42 Prozent machen sich diesbezüglich zumindest gewisse Sorgen.

Zugleich rechnen jedoch 51 Prozent der Befragten damit, daß der Euro durchaus eine starke, stabile Währung sein wird. Vorteile durch den Euro erwarten sich die Österreicher vor allem im Zusammenhang mit Auslandsreisen (42 Prozent), Spesenwegfall (17 Prozent), Zahlungsverkehrserleichterungen (14 Prozent) sowie die Vereinfachung von Geschäftsabwicklungen (13 Prozent).

Davon, daß die gemeinsame Währung bis zum Jahr 2002 eingeführt wird, geht man in Österreich jedenfalls zunehmend aus. Eine breite Mehrheit (70 Prozent) glaubt, daß der anvisierte Fahrplan eingehalten wird (vor einem Jahr waren es nur 53 Prozent). Signifikant zugenommen hat auch die Erwartung,

daß Österreich von Anfang an bei der Währungsunion teilnehmen wird: von 57 Prozent im ersten Quartal 1996 auf nunmehr 77 Prozent.

Der subjektive Informationsstand über die geplante Währungsunion hält sich noch sehr in Grenzen. 11 Prozent bezeichnen sich als gut informiert; weitere 46 Prozent als einigermaßen informiert. 44 Prozent der Bevölkerung wissen nach eigenen Angaben über diese wichtige Thematik wenig bis gar nicht Bescheid.

Überaus hohes Vertrauen bei der Bevölkerung genießt die Oesterreichische Nationalbank: 81 Prozent der Befragten (1996: 73 Prozent) vergeben bei einer fünfstufigen Skala die Noten 1 und 2. Damit verbesserte sich die Notenbank gegenüber dem Vorjahr weiter und liegt unter den zehn abgefragten Institutionen (ÖGB, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Regierung, Parteien, Parlament, in- und ausländische Banken und Geldinstitute, EWI) klar an der Spitze. An zweiter Stelle rangieren die übrigen inländischen Geldinstitute; mit einigem Abstand folgen die Institutionen der Sozialpartnerschaft. Großes Vertrauen in das Parlament und die Regierung bekunden rund 40 Prozent.

Die OeNB wird in hohem Ausmaß als verantwortungsbewußt und kompetent erachtet, nicht nur in bezug auf die Gewährleistung der Stabilität des Schilling, sondern auch im Zusammenhang mit der geplanten Währungsumstellung: 60 Prozent der Befragten haben (trotz ihrer Sorgen und Befürchtungen rund um die Währungsumstellung) bei der Nationalbank großes Vertrauen, daß sie die Aufgabe, auch bei der Euro-Einführung die Währungsstabilität zu sichern, gut erfüllen wird. Allerdings geht die Mehrheit der Bevölkerung davon aus, daß die OeNB nach Einführung des Euro stark an Bedeutung verlieren wird.

Die OeNB genießt im Vergleich zu allen anderen abgefragten Institutionen auch das mit Abstand größte Vertrauen der Bevölkerung, was öffentliche Stellungnahmen und Informationen zur geplanten Währungsumstellung betrifft. 70 Prozent der Befragten gaben an, bei Fragen der Euro-Einführung der Nationalbank zu vertrauen, erst danach folgen äunabhängige Wirtschaftsforscher und Experten" (59 Prozent). Die Bundesregierung rangiert hinter dem ORF (55 Prozent) an vierter

Stelle - knapp jeder zweite gibt an, Vertrauen in deren Euro-Stellungnahmen zu haben. Das Vertrauen in die einzelnen politischen Parteien und in die Sozialpartner ist noch deutlich schwächer ausgeprägt. Große Skepsis besteht insbesondere gegenüber den Aussagen der EU selbst (EU-Parlament, Unionspolitiker): Nur rund jeder dritte hält Informationen von dieser Seite für vertrauenswürdig.

Auch die Meinung der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs ist seit einigen Monaten stabil: 34 Prozent beurteilen sie positiv (1996: 30 Prozent); 31 Prozent negativ (1996: 38 Prozent); 28 Prozent äußerten keine Meinung (1996: 27 Prozent). Wäre heute die Volksabstimmung, würde etwa jeder zweite gegen einen EU-Beitritt votieren. 47 Prozent schätzen den Einfluß der Vertreter Österreichs in der Europäischen Union als eher gering ein.

Rückfragehinweis: Oesterreichische Nationalbank  
Sekretariat des Direktoriums/  
Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.Nr.: 404 20 DW 6666

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0240 1997-04-25/16:14

251614 Apr 97

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19970425\\_OTS0240](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19970425_OTS0240)